

der einfach geschaffen werden muß. Und die Erfahrung kann nur durch eine ausgebaute politische Kultur entstehen, wie sie in jedem westlichen Land, in jeder westlichen Hochschulstadt besteht. Gehen Sie doch mal nach Dresden, da werden Sie von der Hochschule relativ wenig merken. Die Hochschulen üben überhaupt keinen Einfluß nach außen aus, und das liegt vor allen Dingen auch daran, daß die Evaluierung meines Erachtens an diesen Hochschulen nicht konsequent erfolgt ist. Und wenn Sie hören, wie Herr Görtemaker ausgeführt hat, daß 599 „Mittelbau-ler“ von 600 weiterbeschäftigt werden, da können Sie sich ungefähr die mögliche wissenschaftliche Wirkung, die intellektuelle Wirkung auf das Umfeld von Potsdam ausrechnen. (Beifall und Heiterkeit unter den Zuhörern)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Danke schön, Herr Mitter. Herr Kollege Ritter, darf ich Sie dann um Ihr Statement bitten?

Prof. Dr. Gerhard A. Ritter: Mein Statement beruht auf meiner Tätigkeit als Planungsbeauftragter und Vorsitzender der Struktur- und Berufungskommission Geschichte der Humboldt-Universität von Februar 1991 bis Mitte August 1992; es ist also gleichsam eine case study in diesem Bereich der Erneuerung.

Die von mir geleitete Kommission setzte sich aus insgesamt drei Professoren aus den alten Bundesländern sowie fünf von der Humboldt-Universität gewählten Mitgliedern – drei Hochschullehrer, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin und ein Student, der auch Mitglied dieser Kommission ist – zusammen. Die Evaluierung der Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Sektion der Universität zählte, das möchte ich ausdrücklich sagen, zunächst nicht zu unseren Aufgaben. Diese beschränkten sich vielmehr anfangs auf den Neuaufbau der Sektion Geschichte, die, wie fünf andere ideologisch und politisch besonders belastete Fächer, unter Auslaufen sämtlicher Anstellungsverträge zum 30.9.1991 „abgewickelt“ werden sollte. Neuaufbau bedeutete die Erarbeitung von Strukturplänen für die Geschichte und die in der Sektion ebenfalls vertretenen Gebiete der Ur- und Frühgeschichte sowie der Volkskunde/Ethnologie, die Neuberufung von Professoren aufgrund ausgearbeiteter Berufungslisten, die Ausschreibung von Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter sowie die Beratung und Verabschiedung von neuen Lehrplänen und Prüfungsordnungen.

Der Neuaufbau beruhte dabei auf der in Berlin gegen starke Widerstände – das ist ganz vergessen worden – getroffenen grundsätzlichen Entscheidung, die Humboldt-Universität als selbständige Einheit der Forschung und Lehre aufrecht zu erhalten. Ich darf vielleicht sagen, daß ich mich für diese Entscheidung damals massiv eingesetzt und zu meiner großen Freude darin die sehr starke Unterstützung des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker erhalten habe. Wir gingen bei unserer Arbeit von der Erwägung aus, daß möglichst viele besonders qualifizierte Mitarbeiter der großen historischen Institute der aufgelösten Akademie der Wissenschaften in die Universität übernommen werden sollten und daß Berlin als zukünftiger Regierungssitz und voraussicht-

licher Brennpunkt geistiger Auseinandersetzungen zwischen Ost und West auch im Osten der Stadt eine nach internationalem Maßstab führende Universität erhalten sollte. Dabei konnte im Fach Geschichte an die große Tradition der Berliner Geschichtswissenschaft seit Ranke und Mommsen angeknüpft werden.

Dieser Anspruch auf Schaffung eines qualitativ besonders ausgezeichneten Instituts kam im Profil der Strukturpläne, die u. a. neue Methoden der Sozialgeschichte, die Integration der Wissenschaftsgeschichte und der europäischen und außereuropäischen Geschichte sowie die besondere Betonung der Geschichte der DDR vorsahen, in dem internationalen Renommee der meisten der neu berufenen Professoren, durchaus auch welche aus dem Ausland, und in der Entwicklung neuer Formen der akademischen Lehre zum Ausdruck. Es handelte sich, das möchte ich hier für diesen konkreten Fall sagen, bewußt nicht um eine bloße Kopie westdeutscher Vorbilder, sondern um den Versuch, den neuesten internationalen Entwicklungen auf dem Gebiet der Lehre und Forschung in der Geschichtswissenschaft – und nur von dieser kann ich sprechen – Rechnung zu tragen.

Ich darf aus meinem Strukturplan zitieren, den ich dem Senator am 19. März, drei Wochen nach dem Beginn meiner Tätigkeit, übergeben habe – 17 Seiten mit einem sechseitigen Begleitbrief: „Als der preußische Staat nach den Niederlagen gegen Napoleon am Anfang des 19. Jahrhunderts in einer schweren Krise und einer extremen finanziellen Notlage war, hat er durch die großzügige Unterstützung der Wissenschaften die Neubelebung und Integration des Staates zu fördern versucht. Ein Ergebnis dieser Politik war die Gründung der Friedrich-Wilhelms-Universität, die für etwa ein Jahrhundert die wohl führende Universität in der Welt war. Daran hatte auch das Historische Seminar, in dem mit Leopold von Ranke und Theodor Mommsen und später mit Friedrich Meinecke und Otto Hintze die wohl bedeutendsten Historiker Deutschlands tätig waren, einen entscheidenden Anteil. Die Neugründung der Geschichte an der Humboldt-Universität hat nur dann einen tieferen Sinn, wenn sie, was immer das Ergebnis unserer Bemühungen sein wird, nicht von vornherein das Ziel zu niedrig steckt, sondern sich dieser meines Erachtens verpflichtenden Tradition bewußt weiß.“ Ich glaube – da kann man natürlich auch anderer Meinung sein –, daß das insgesamt – keineswegs in jedem Einzelbereich – gelungen ist. Die Humboldt-Universität hat heute eines der nicht nur national, sondern auch international führenden Institute der Geschichtswissenschaft. Es spielt in der champions league und zwar nicht nur in Europa, sondern in der Welt. Das zu der Frage, ob wir immer nur sozusagen schlechte Vorbilder schlecht kopiert haben. Das gilt sicher nicht generell.

Die Evaluierung der vorhandenen Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter trat erst später als weitere Aufgabe der Kommission hinzu, als bekanntlich das Berliner Oberverwaltungsgericht in zweiter Instanz entschied, daß die sogenannte „Abwicklung“ rechtswidrig sei. Unsere Kommission hat

mit vielen schweren inneren Bedenken, vor allem der Ost-Mitglieder oder einiger von ihnen, was ich gut verstehen kann, diese Aufgabe schließlich übernommen. Ich nehme an, daß viele die Mitgliedschaft in der Kommission nicht übernommen hätten, wenn das von vornherein klar gewesen wäre. Unsere Arbeit war mit einer mühseligen Prüfung der veröffentlichten und unveröffentlichten Schriften aller Betroffenen sowie eingehenden Gesprächen über deren wissenschaftliche Arbeit und ihre zukünftigen Forschungspläne verbunden. Ich habe – jetzt mal nachgerechnet – damals etwa 16.000 bis 17.000 Seiten unveröffentlichter Schriften – Habilitationen, Dissertationen – gelesen, und ich nehme an, daß das auch für eine Reihe meiner Kollegen in ungefähr der gleichen Größenordnung zutrifft. 2.400 Stunden etwa waren insgesamt in diesen 18 Monaten mit dieser Arbeit, wenn man das Lesen einbezieht, verbunden. Die Kriterien für eine Empfehlung der Weiterbeschäftigung bzw. der Kündigung waren dabei erstens wissenschaftliche Qualifikation – das entscheidende Kriterium –, zweitens Bedarf und drittens persönliche Eignung. In keinem Fall war etwa die Verwendung marxistischer Methoden und Interpretationsansätze ein Grund für eine Kündigung.

Die weit überwiegende Zahl der Kündigungsempfehlungen erfolgte wegen mangelnden Bedarfs und – das möchte ich auch hinzufügen – aufgrund der außerordentlichen Enge des von vielen Betroffenen vertretenen Lehr- und Forschungsgebiets (das hängt mit anderen wissenschaftlichen Traditionen zusammen) sowie aufgrund ungenügender wissenschaftlicher Qualifikation. Mangelnde persönliche Eignung, die relativ selten als Kündigungsgrund geltend gemacht wurde, betraf u. a. Personen, die nach eigener Aussage mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammengearbeitet hatten oder besonders aktiv – das gilt gerade für die Geschichte an der Humboldt-Universität – an der politischen Verfolgung von Studenten beteiligt waren.

Insgesamt wurden von den 22 Professoren und Dozenten des Instituts 11 zur Weiterbeschäftigung empfohlen. Für diese – soweit sie nicht später aufgrund von Auskünften der Gauck-Behörde oder aus anderen politischen Gründen gekündigt wurden – wurden Stellen, meist allerdings im Mittelbau der Universität, gefunden.

Von den im März 1991 noch 31 unbefristet und drei befristet angestellten wissenschaftlichen Mitarbeitern wurde eine im Fach sehr angesehene Dozentin in eine unbefristete Funktionsstelle zur Betreuung der Bibliothek übernommen. Von den übrigen 33 sollten nach unseren Empfehlungen 21 befristete Assistentenstellen – zum Teil allerdings sehr kurzfristig befristet – erhalten. Das bedeutete die Übernahme der westdeutschen Praxis, über die man so oder so urteilen kann, in der mit wenigen Ausnahmen in den Geisteswissenschaften wissenschaftliche Mitarbeiterstellen immer befristet sind. Das entscheidende Kriterium für die Weiterbeschäftigung im akademischen Mittelbau war dabei, daß wir die Chance einer Habilitation als gegeben ansahen.

Wir haben uns weiter stark dafür eingesetzt, daß die neu berufenen Professoren auf die positiv evaluierten wissenschaftlichen Mitarbeiter zugehen und daß sie bei der Vorbereitung einer Habilitation, u. a. auch durch Unterstützung von Anträgen auf Habilitationsstipendien bei der DFG, helfen. Gleichzeitig haben wir erwartet, daß die wissenschaftlichen Mitarbeiter von sich aus den Kontakt zu den neuen Professoren suchen. Über den Stifterverband ist es mir weiter gelungen, Mittel für sogenannte Orientierungsstipendien im Ausland für Nachwuchswissenschaftler der Humboldt-Universität oder der Akademie zu erhalten. Diese wurden von den historischen Auslandsinstituten in Rom, Paris, London und Washington und vor allem auch besonders großzügig vom St. Antony's College in Oxford, wo ja Lord Dahrendorf jetzt Warden ist, zur Verfügung gestellt. Diese Orientierungsstipendien sollten den jungen Wissenschaftlern die Möglichkeit geben, sich möglichst schnell mit dem internationalen Forschungsstand vertraut zu machen und Kontakte im Ausland zu knüpfen.

Enttäuscht waren wir, das muß ich sehr deutlich sagen, über den außerordentlich starken passiven Widerstand in der Universität gegen die Aufnahme von Mitarbeitern der Akademie der Wissenschaften, die offenbar nicht, wie wir vielleicht naiv gehofft hatten, als Bereicherung, sofern sie gut waren, sondern vielfach als unliebsame Konkurrenten aufgefaßt wurden. Auch glaube ich, daß bei der Förderung der Habilitation von ostdeutschen Wissenschaftlern im Bereich der Geschichte sehr viel mehr hätte geschehen können als geschehen ist. Ich bedaure das außerordentlich, spreche immer wieder mit Kollegen und versuche, es zu korrigieren, aber natürlich nur mit sehr begrenztem Erfolg.

Insgesamt bin ich der Meinung, daß die grundlegende Erneuerung der ostdeutschen Universitäten notwendig war, um aus ihnen lebendige, international wettbewerbsfähige Stätten der Lehre und Forschung zu machen, und daß dieser Neuaufbau aus eigener Kraft, wie das faktische Scheitern aller Erneuerungsversuche bis zum Februar 1991 zeigt, nicht zu erreichen war. Bei der Erneuerung der Humboldt-Universität hat sich, auch das möchte ich betonen, die enge sachliche Zusammenarbeit von Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten aus den alten und neuen Bundesländern, jedenfalls in der von mir geleiteten Kommission, außerordentlich gut bewährt. Ich kann mich nicht an eine einzige Entscheidung in diesen 1 1/2 Jahren erinnern – wir haben sicher etwa 22 bis 23 meist mehrtägige Sitzungen abgehalten –, an der gewissermaßen die Frontlinie bei Abstimmungen zwischen Mitgliedern aus dem Osten und dem Westen verlief. Ich glaube, unser Beispiel zeigt, daß auch in anderen Bereichen die so oft zitierte Mauer in den Köpfen zwischen Ost und West besser überwunden worden wäre, wenn man statt übereinander mehr miteinander gesprochen und noch besser miteinander gearbeitet hätte. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Vielleicht ist mit den letzten Worten von Herrn Ritter ja schon ein Blick in die Zukunft eröffnet. Ich habe bisher fünf Wortmeldungen vorliegen: Herr Jacobsen, Herr Burrichter, Herr Huber, Herr Kowalczuk und Herr Braune. Herr Jacobsen, bitte.